

Antrag 130/I/2019**AG Migration und Vielfalt LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Seenotrettung ist kein Verbrechen**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder im Bun-
 2 destag, Bundesregierung und Europaparlament auf, sich
 3 umgehend für folgende Ziele einzusetzen:

- 4
- 5 1. Solidarisierung mit allen Menschen auf der Flucht
 - 6 2. Schaffung von sicheren Fluchtwegen auf deutscher
7 und europäischer Ebene
 - 8 3. Menschenwürdige Aufnahme in Europa für Men-
9 schen, die fliehen mussten
 - 10 4. Entkriminalisierung von Seenotretter*innen

11

12 Wir begrüßen die Bemühungen des Berliner Senats aus-
 13 drücklich, Berlin als sicheren Hafen anzubieten.

14

15 Um mittelfristig der Migration von Geflüchteten weltweit
 16 gerecht zu werden, bedarf es umfassender Reformen auf
 17 europäischer Ebene.

- 18
- 19 Dazu zählen:
- 20 • ein humanitäres Seenotrettungsprogramm der EU,
21 das nicht vom Militär getragen wird und nicht mehr
22 die Seenotrettung libyschen Söldner*innen über-
23 lässt
 - 24 • Ein neues Dublin-System, das Anrainer entlastet
25 und für eine gleichmäßige Verteilung sorgt
 - 26 • eine breite europäische Debatte mit dem Ziel eines
27 europäischen Asyl- und Einwanderungsgesetzes
 - 28 • die Einrichtung eines europäischen Integrations-
29 fond, um alle Mitgliedsländer in die Lage zu verset-
30 zen, eingewanderten und geflüchteten Menschen
31 ein Recht auf Integration zu ermöglichen

32

33

34 **Begründung**

35 Aktuell (26.1.2019) befindet sich genau noch ein ziviles Ret-
 36 tungsschiff auf dem Mittelmeer, um Menschen in See-
 37 not zu retten. Alle anderen Schiffe wurden entweder be-
 38 schlagnahmt oder haben durch behördliche Gängelungen
 39 in Italien, finanzielle Schwierigkeiten. In der Zwischenzeit
 40 sind in der ersten Januarhälfte über 200 Menschen im
 41 Mittelmeer ertrunken. Statt Menschen auf dem Mittel-
 42 meer sterben zu lassen, brauchen wir mehr sichere Häfen,
 43 mehr solidarische Städte und ein offenes Europa und ein
 44 Ende der Kriminalisierung von Seenotretter*innen.

45

46 Es muss die Einsicht in Partei und Gesellschaft greifen,
 47 dass Abschottung, Menschen nicht davon abhält, den ge-
 48 fährlichen Fluchtweg über das Mittelmeer anzutreten -
 49 auch wenn viele, diesen Weg nicht überleben. Menschen

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Der Landesparteitag möge beschließen:**

Sofortige Wiederaufnahme der Marinemission "Sophia" und sofortige Entkriminalisierung von Seenotrettung Die SPD Berlin verurteilt, in Bestätigung unserer Beschlusslage, den nationalen Alleingang Italiens und fordert die sofortige Wiederaufnahme der Marinemission "Sophia". Gleichzeitig wiederholt die SPD Berlin ihre Forderung nach einer Entkriminalisierung aller Seenotretter*innen. Die SPD Berlin steht solidarisch mit Menschen auf der Flucht.

Das Ende jeglicher Seenotrettung auf dem Mittelmeer ist das Ende der Humanität Europas und ein Widerspruch zu den viel beschworenen Werten Europas. Die SPD Berlin hält das Ziel des Berliner Senats, Berlin zu einem sicheren Hafen zu machen, um Menschen aus Seenot aufzunehmen, für wichtig. Gleichzeitig fordern wir alle Kommunen in Europa auf, dem Beispiel Berlins und anderer Städte zu folgen. Wir fordern von der EU ein neues Dublin-System, das Anrainer entlastet und für eine gleichmäßige Verteilung sorgt. Auf Grundlage der Seebrücke kann eine neue EU-Rettungsmission sofort beginnen, um aus Seenot gerettete Geflüchtete in Europa aufzunehmen. Die Einquartierung Geflüchteter in libyschen Unterkünften ist mit den humanitären Werten Europas schlicht nicht vereinbar.

Begründung:

Es muss die Einsicht in Partei und Gesellschaft greifen, dass Abschottung, Menschen nicht davon abhält, den gefährlichen Fluchtweg über das Mittelmeer anzutreten - auch wenn viele, diesen Weg nicht überleben. Menschen zur Abschreckung sterben zu lassen, kann niemals mit den humanistischen Werten Europas vereinbar sein!

Darüber hinaus muss die EU im Bereich Flucht und Einwanderung grundlegend reformiert werden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Aufnahme von Geflüchteten nach dem aktuellen Dublin-III-System wieder zu einer Überforderung in den Anrainerstaaten führen wird - wie Mitte dieses Jahrzehnts; spätestens dann, wenn die Türkei das Abkommen mit der EU nicht mehr einhalten will. Die aktuelle Instabilität der Türkei (wirtschaftliche und politische) sollte deshalb Anlass genug sein, für Reformen zu sorgen.

50 zur Abschreckung sterben zu lassen, kann niemals mit den
51 humanistischen Werten Europas vereinbar sein!
52
53 Darüber hinaus muss die EU im Bereich Flucht und Ein-
54 wanderung grundlegend reformiert werden. Es ist nur ei-
55 ne Frage der Zeit, bis die Flüchtlingsaufnahme nach dem
56 aktuellen Dublin III System wieder zu einer Überforderung
57 in den Anrainer Staaten führen wird - wie Mitte dieses
58 Jahrzehnts. Spätestens dann, wenn die Türkei das Abkom-
59 men mit der EU nicht mehr einhalten wird können. Die
60 aktuelle Instabilität der Türkei (wirtschaftliche und politi-
61 sche) sollte deshalb Anlass genug sein, für Reformen zu
62 sorgen.